

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP/DVP**

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur

Haltung der Landesregierung zur Verwirklichung eines „Flughafenbahnhofs Plus“

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sie vor dem Hintergrund, dass nun alle Projektpartner die Variante des „Flughafenbahnhofs Plus“ unter der Flughafenstraße favorisieren, das Ergebnis des Filderdialogs aktiv umsetzt;
2. inwieweit sie in dem „Flughafenbahnhof Plus“ eine Verbesserung gegenüber der ursprünglich geplanten Ausführung erkennt;
3. was sie seit dem Filderdialog in dieser Sache weiter unternommen hat;
4. wie sich beim „Flughafenbahnhof Plus“ die Kostenentwicklung und Kostenteilung gegenüber dem ursprünglichen Antragsbahnhof darstellt;
5. inwieweit aus ihrer Sicht die Mehrkosten für die Variante des „Flughafenbahnhofs Plus“ unter der Flughafenstraße aus dem Projektbudget von S21 zu erbringen sind (mit Angabe, inwieweit dies rechtlich möglich ist);
6. inwieweit der Bau des „Flughafenbahnhofs Plus“ Auswirkungen auf den „Kostendeckel“ des Gesamtprojekts haben wird;
7. inwieweit sie bereit ist, das Land an den Mehrkosten, welche die Variante des „Flughafenbahnhofs Plus“ bedeuten würde, über den bisherigen Finanzierungsbeitrag hinaus zu beteiligen;
8. inwieweit die Umsetzung der Alternative des „Flughafenbahnhofs Plus“ zu Verzögerungen in Planung und Bau führt;

9. inwieweit sie sich dafür einsetzen wird, dass der „Flughafenbahnhof Plus“ gleichzeitig mit S21 und der Neubaustrecke fertiggestellt wird;
10. wie sie Überlegungen beurteilt, welche beinhalten, den PFA 1.3 in zwei Abschnitte aufzuteilen und den NBS-Anschluss an S21 vom Bau des Flughafenbahnhofs abzukoppeln.

28. 09. 2012

Hauk
und Fraktion

Dr. Rülke
und Fraktion

Begründung

Die Planung für den Flughafenbahnhof war Bestandteil des Filderdialogs. Die Frage der Finanzierung bleibt jedoch unter den Projektpartnern offen.

Der Antrag soll dazu dienen, von der Landesregierung eine Aussage darüber zu erhalten, was eine Verwirklichung des Filderbahnhofs unter der Flughafenstraße bedeuten würde.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 19. Oktober 2012 Nr. 3–3824.1–0–01/238 nimmt das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. *wie sie vor dem Hintergrund, dass nun alle Projektpartner die Variante des „Flughafenbahnhofs Plus“ unter der Flughafenstraße favorisieren, das Ergebnis des Filderdialogs aktiv umsetzt;*
3. *was sie seit dem Filderdialog in dieser Sache weiter unternommen hat;*

Die DB hat im Einvernehmen mit den übrigen Projektpartnern unverzüglich nach Abschluss des Filderdialogs eine umfangreiche Machbarkeitsstudie beauftragt, mit der vor allem die technischen und genehmigungsrechtlichen Fragen der Realisierung der Variante „Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße“ näher untersucht werden sollen. Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sollen in der zweiten Oktoberhälfte 2012 vorliegen. Den Projektpartnern wurden von den beauftragten Planern in verschiedenen Terminen Zwischenergebnisse vorgestellt. Die Projektpartner sind sich einig, dass eine Entscheidung zur Variante „Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße“ erst auf Grundlage der Ergebnisse der Untersuchung getroffen werden kann.

2. *inwieweit sie in dem „Flughafenbahnhof Plus“ eine Verbesserung gegenüber der ursprünglich geplanten Ausführung erkennt;*

Mit der Variante „Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße“ würde der Fern- und Regionalverkehr am Flughafen an einer Station zusammengefasst. Diese läge etwas näher als die bisher geplante Station NBS an den Terminals des Flughafen, der S-Bahn-Station und der geplanten Stadtbahnhaltestelle. Dadurch würde gegenüber der Antragsplanung die Verknüpfung der Verkehrsträger verbessert, würden Wege verkürzt und nicht zuletzt die Reisendenlenkung vereinfacht. Außerdem

müsste die Ausnahmegenehmigung zur Mischnutzung der Station Terminal nicht in Anspruch genommen werden und die Station Terminal stünde weiterhin ausschließlich dem S-Bahnverkehr zur Verfügung. Allerdings können die Fragen der Erschließung des neuen Flughafenbahnhofs mit seinen neuen Wegebeziehungen sowie beispielsweise auch den Vor- und Nachteilen in der bauzeitlichen Beeinträchtigung erst nach Vorlage der Machbarkeitsstudie umfassend beantwortet werden. Vor allem sind auch Fragen der Betriebs- und Fahrplanstabilität Gegenstand der Machbarkeitsstudie, weshalb hier noch keine Aussage zu möglichen Verbesserungen getroffen werden kann.

4. wie sich beim „Flughafenbahnhof Plus“ die Kostenentwicklung und Kostenteilung gegenüber dem ursprünglichen Antragsbahnhof darstellt;

Die Kostenschätzung/-ermittlung für die Variante „Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße“ erfolgt erst am Ende der Machbarkeitsstudie. Daher liegen der Landesregierung hierzu derzeit keine Ergebnisse oder Zwischenergebnisse vor.

5. inwieweit aus ihrer Sicht die Mehrkosten für die Variante des „Flughafenbahnhofs Plus“ unter der Flughafenstraße aus dem Projektbudget von S21 zu erbringen sind (mit Angabe, inwieweit dies rechtlich möglich ist);

6. inwieweit der Bau des „Flughafenbahnhofs Plus“ Auswirkungen auf den „Kostendeckel“ des Gesamtprojekts haben wird;

7. inwieweit sie bereit ist, das Land an den Mehrkosten, welche die Variante des „Flughafenbahnhofs Plus“ bedeuten würde, über den bisherigen Finanzierungsbeitrag hinaus zu beteiligen;

Wie in der Stellungnahme zu den Fragen 2 und 4 ausgeführt, liegen der Landesregierung noch keine Ergebnisse der Machbarkeitsstudie der Variante „Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße“ vor. Erst nach gründlicher Prüfung und Bewertung dieser Ergebnisse können die Projektpartner über die Realisierung der Variante „Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße“ entscheiden. Im Übrigen gilt die Festlegung der Landesregierung, sich an Mehrkosten beim Projekt Stuttgart 21 über 4.526 Mio. € hinaus nicht zu beteiligen.

8. inwieweit die Umsetzung der Alternative des „Flughafenbahnhofs Plus“ zu Verzögerungen in Planung und Bau führt;

Die Erarbeitung eines Terminplans für die Variante „Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße“ ist Gegenstand der Machbarkeitsstudie. Dieser Terminplanung muss eine fortgeschriebene Terminplanung für die Antragstrasse gegenübergestellt werden, die den Zeitbedarf hinsichtlich des heute schon erkennbaren Änderungsbedarfs an den Planfeststellungsunterlagen einschließt. Dazu liegen der Landesregierung derzeit weder Ergebnisse noch Zwischenergebnisse vor.

9. inwieweit sie sich dafür einsetzen wird, dass der „Flughafenbahnhof Plus“ gleichzeitig mit S21 und der Neubaustrecke fertiggestellt wird;

Die Landesregierung hält die Flughafenanbindung für einen Kernbestandteil des Projekts Stuttgart 21 und die gleichzeitige Inbetriebnahme von Neubaustrecke Wendlingen–Ulm und Stuttgart 21 einschließlich der Flughafenanbindung für einen wesentlichen Bestandteil der abgeschlossenen Verträge.

10. wie sie Überlegungen beurteilt, welche beinhalten, den PFA 1.3 in zwei Abschnitte aufzuteilen und den NBS-Anschluss an S21 vom Bau des Flughafenbahnhofs abzukoppeln.

Die Landesregierung steht einer Aufteilung des PFA 1.3 grundsätzlich sehr skeptisch gegenüber. Die DB hat der Landesregierung für eine Aufteilung bislang keine Begründung in rechtlicher oder technischer Hinsicht vorgelegt.

Hermann
Minister für Verkehr
und Infrastruktur